

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 06.06.2023
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Flughafen Düsseldorf - Präsentation von Ergebnissen der Fluglärmmessung in Büberich durch die Flughafen Düsseldorf GmbH	5
3 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW - Sperrung und dauerhafte Umwidmung der Bübericher Allee zwischen Weseler Weg und Theodor-Helmich-Straße Vorlage: SB9JR/1705/2023	5
4 Neufassungen von Hauptsatzung und Geschäftsordnung der Stadt Meerbusch Vorlage: SB9JR/1687/2023/1	6
4.1 Antrag GRÜN-alternativ - Neufassung Hauptsatzung und Geschäftsordnung - Änderungsantrag Vorlage: SB9JR/0458/2023	14
4.2 Antrag Bündnis 90/ Die Grünen - Geschäftsordnung und Hauptsatzung Vorlage: SB9JR/0459/2023	14
4.3 Anfrage Bündnis 90/ Die Grünen - Hauptsatzung Akteneinsicht Vorlage: SB9JR/0207/2023	14
4.4 Die FRAKTION - Neufassung GO (Entwurf) Vorlage: SB9JR/0461/2023	14
5 Gleichstellungsplan 2023 - 2027 Vorlage: SB7SZD/1711/2023	14
6 2. Bericht zur Finanzsituation und Finanzschäden 2023 zum 31.05.2023 Vorlage: SB8SFI/0655/2023	15
7 2. Bericht über Erträge und Aufwendungen 2023 im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Schutzsuchenden Vorlage: SB8SFI/0658/2023	15
8 Anträge	15
8.1 GRÜN-alternativ - Flächenvermarktung Vorlage: SB9JR/0462/2023	15
9 Anfragen	17

10	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	17
11	Termin der nächsten Sitzung: 26.09.2023	17
12	Verschiedenes	17

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Christian Bommers Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker Ratsmitglied Vertretung für Frau Norma Köser

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Frau Petra Schoppe

Herr Claus Fischer Ratsmitglied Vertretung für Herrn Jonas Kräling

Herr Fabian Hasebrink Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

Herr Heinrich Peter Weyen Ratsmitglied Vertretung für Herrn Thomas Gabernig

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Rita Henning Ratsmitglied Vertretung für Frau Daniela Glasma-
cher

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marco Nowak Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel Erster und Technischer Beige-
ordneter

Herr Wolfram Olbertz Bereichsleiter Service Zentrale
Dienste

Herr Dr. Marc Saturra Leiter Justizariat und Ratsbüro

Herr Christian Volmerich Stadtkämmerer

Herr Patrick Wirtz Referent des Bürgermeisters

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Norma Köser

Ratsmitglied

Herr Jonas Kräling

Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniela Glasmacher

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Bürgermeister Bommers die anwesenden Mitglieder des Ausschusses, Vertreter/innen der Verwaltung, Gäste sowie die Presse.

Änderungen zur Tagesordnung bestehen nicht.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Frau Dr. Blaum (BUND) erkundigt sich nach der Grundlage für die verwaltungsseitig im Rahmen der Neufassung der Geschäftsordnung des Rates unter §6 (2) g) optional eingefügten Regelung zur nicht-öffentlichen Beratung strategischer Themen durch Rat und Verwaltung.

Justiziar Dr. Saturra erläutert hierzu, dass es sich um einen Vorschlag der Verwaltung für die Fälle handle, in denen noch keine Entscheidungen zu treffen seien, die Politik zur Einholung eines ersten Meinungsbildes in Frühphasen der Entwicklung von Themen jedoch eingebunden werden solle. Häufig seien zu solch frühen Zeitpunkten zur Wahrung geltenden Schutzes für Informationen noch keine öffentlichen Beratungen angezeigt. Da diese Fälle in verschiedensten Themenstellungen aufträten, sei die Formulierung im Text bewusst abstrakt gewählt.

2 Flughafen Düsseldorf - Präsentation von Ergebnissen der Fluglärmmessung in Buderich durch die Flughafen Düsseldorf GmbH

Frau Bappert und Herr Dittmann präsentieren als Vertreter der Flughafen Düsseldorf GmbH die Ergebnisse der temporären Fluglärmmessung in Buderich aus dem vergangenen Jahr.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Sodann beantworten die Vertreter Fragen aus dem Ausschuss.

3 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW - Sperrung und dauerhafte Umwidmung der Budericher Allee zwischen Weseler Weg und Theodor-Helmich-Straße Vorlage: SB9JR/1705/2023

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, den Bürgerantrag an den zuständigen Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4 Neufassungen von Hauptsatzung und Geschäftsordnung der Stadt Meerbusch Vorlage: SB9JR/1687/2023/1

Beschlussvorschlag:

1. Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, die Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Meerbusch zu beschließen.
2. Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, die Neufassung der Geschäftsordnung der Stadt Meerbusch zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	2		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		3	
Grün alternativ		1	
UWG	1		
Die Fraktion	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	14	4	

Zu 2.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	2		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	3		
Grün alternativ		1	
UWG			1
Die Fraktion		1	
Bürgermeister	1		
Gesamt	15	2	1

Bürgermeister Bommers übergibt das Wort an Justiziar Dr. Saturra. Dieser leitet zunächst allgemein in die Thematik ein und schlägt vor, die Beratung der aufgrund optionaler oder alternativer Entscheidungsmöglichkeiten noch separat zu beschließenden Bestandteile der vorliegenden Entwürfe der Reihenfolge nach aufzurufen und die vorliegenden Anträge der Fraktionen einzubeziehen. Dem wird zugestimmt.

Hauptsatzung:

Zu §2 Wappen, Flagge, Siegel

Ratsherr Focken erkundigt sich nach der Zulässigkeit der Verwendung des Logos der Stadt Meerbusch. Dies sei in der Satzung nur für Wappen und Siegel geregelt. Justiziar Dr. Saturra sagt eine entsprechende Prüfung zu.

Anmerkung des Schriftführers:

Die Verwendung des Logos der Stadt Meerbusch („Meerbusch-Welle“ mit Schriftzug „Stadt Meerbusch“ als Wort-Bildmarke) ist grds. nur für die Verwaltung sowie offizielle Vertreter/innen der Stadt Meerbusch zulässig. Alle weiteren Nutzungen bedürfen der Genehmigung des Referates für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Im Gegensatz zum Wappen, dessen Gestaltung und Verwendung in der Hauptsatzung geregelt ist, handelt es sich beim Logo nicht um ein Hoheitszeichen.

Zu §3 Gleichstellung der Geschlechter

Hierzu liegt ein Antrag der Fraktion Bündnis90 / Die Grünen vor. Ratsfrau Dr. Schomberg erklärt, dass die Verwaltung gegenüber dem in der letzten Sitzung vorgelegten Entwurf zur Verwendung der gendergerechten Sprache sowie der Kompetenzen der Gleichstellungsbeauftragten nach Absatz 7 nachgebessert habe und die Fraktion sich hiermit einverstanden erkläre. Der Antrag zu diesem Punkt werde daher zurückgezogen.

Zu §4 Bildaufnahmen / Film- und Tonaufnahmen in den Sitzungen des Rates

Absatz 1: Alternative Formulierung

Der Ausschuss erklärt einvernehmlich, die mögliche Alternative zur Formulierung des Absatzes 1 nicht aufzunehmen.

Absatz 2: Optionale Variante

Der Ausschuss erklärt einvernehmlich, die optionale Formulierung in Absatz 2 aufzunehmen.

Absatz 3: Optionale Variante

Ratsherr Damblon erklärt seine Zustimmung zur Aufnahme der optionalen Variante in den Satzungstext, eine Einstellung des Mitschnitts ins Internet soll jedoch nicht erfolgen.

Ratsfrau Dr. Schomberg erklärt ebenfalls ihre Zustimmung zur optionalen Variante, jedoch unter Einbezug der Möglichkeit eines Einstellens von Mitschnitten ins Internet.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers abstimmen, ob der Passus zur Möglichkeit des Einstellens von Mitschnitten der Gremiensitzungen ins Internet aufgenommen werden solle.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	3		
Grün alternativ		1	
UWG			1
Die Fraktion	1		
Bürgermeister		1	
Gesamt	6	11	1

Die optionale Möglichkeit zum Einstellen von Mitschnitten aus Gremiensitzungen ins Internet ist somit abgelehnt.

Absatz 4: Optionale Variante

Der Ausschuss erklärt einvernehmlich, die optionale Formulierung in Absatz 4 aufzunehmen, der Begriff „[...] des Rundfunks [...]“ soll durch den Begriff „[...] der Medien [...]“ ersetzt werden.

Zu §6 Hybride Durchführung von Gremiensitzungen

Ratsherr Damblon und Ratsherr Jörgens führen aus, dass die persönliche Anwesenheit zu Gremiensitzungen der Normalfall auch künftig bleiben soll. Auf die Möglichkeit der Durchführung hybrider Sitzungen auch außerhalb von besonderen Ausnahmefällen solle daher verzichtet werden.

Ratsherr Peters und Ratsfrau Niegeloh äußern ihre Zustimmung zu §6, zumal die Durchführung hybrider Sitzung eine Einzelfallentscheidung beinhalten solle, sodass die Aufnahme der Regelung sinnvoll erscheine.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über die Aufnahme des §6 in die Hauptsatzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	3		
Grün alternativ	1		
UWG	1		
Die Fraktion	1		
Bürgermeister		1	
Gesamt	8	10	

Der §6 wird entsprechend gestrichen und nicht in die Hauptsatzung aufgenommen.

Zu §8 Anregungen und Beschwerden

Absatz 1: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Ratsfrau Dr. Schomberg führt zu ihrem Antrag aus, nach dem eine Antragsberechtigung für jedermann gegeben sein solle.

Justiziar Dr. Saturra erklärt, dass diese beantragte Aufnahme einer Regelung zur Antragsberechtigung für jedermann gesetzlich nicht zulässig sei. Die Gemeindeordnung NRW grenze den antragsberechtigten Personenkreis ein, eine darüber hinaus gehende Regelung sei unzulässig.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	3		
Grün alternativ	1		
UWG		1	
Die Fraktion		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt	4	14	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Absatz 2 / alternative Variante: Antrag der Fraktion Grün-alternativ
Ratsherr Peters führt zum Antrag aus, den alternativen Absatz 2 (im Entwurf kursiv gedruckt) zu streichen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Der Antrag ist angenommen, die alternative Variante zu Absatz 2 wird entsprechend nicht aufgenommen.

Absatz 5: Festlegung eines Beschwerdeausschusses
Justiziar Dr. Saturra führt zu den Inhalten des Absatzes sowie den gesetzlichen Grundlagen der Regelung aus der Gemeindeordnung NRW aus.

Ratsfrau Dr. Schomberg führt aus, dass derzeit rund 90% der Anregungen und Beschwerden in die Zuständigkeit des Ausschusses für Klima, Umwelt und Bau fielen. Es erscheine daher sinnvoll, diesen Ausschuss als Beschwerdeausschuss zu benennen.

Dieser Vorschlag wird aus dem Ausschuss nicht unterstützt.

Justiziar Dr. Saturra führt zur Möglichkeit aus, dass zur Optimierung des zeitlichen Ablaufes der Beratungen eine separate Regelung in Frage kommen könnte. Demnach könnten diejenigen Anregungen und Beschwerden, für die der Hauptausschuss aufgrund der aktuell geltenden Regelungen als Beschwerdeausschuss – und nicht fachlich – zuständig sei, ungeachtet der geltenden Ladungsfrist zur Beratung gestellt werden, sodass der Beschluss zum Verweis in den Fachausschuss flexibler gefasst werden könne.

Diesem Vorschlag wird aus dem Ausschuss zugestimmt, die Verwaltung wird zur Sitzung des Rates am 13.06.2023, in der die abschließende Beschlussfassung zu den Satzungen gefasst werden soll, einen entsprechenden Formulierungsvorschlag einbringen.

Absatz 9 lit. a): Antrag der Fraktion Grün-alternativ
Ratsherr Peters führt zum Antrag aus, nach dem die unter Absatz 9 lit. a) genannte Regelung gestrichen werden solle.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	3		
Grün alternativ	1		
UWG			1
Die Fraktion	1		
Bürgermeister		1	
Gesamt	7	10	1

Der Antrag ist somit abgelehnt, Absatz 9 lit. a) bleibt bestehen.

Weitere Anträge bzw. Entscheidungserfordernisse bestehen nicht. Bürgermeister Bommers lässt daher über den Gesamtempfehlungsbeschluss zur Hauptsatzung an den Rat durch den Ausschuss abstimmen.

Geschäftsordnung:

Sodann ruft er die Beratung zur Neufassung der Geschäftsordnung auf und übergibt das Wort an Justiziar Dr. Saturra.

Zu §1 Einberufung der Ratssitzungen

Absatz 3a: optionale Variante

Es besteht Einvernehmen, die erstgenannte optionale Variante für Absatz 3a zu verwenden.

Absatz 3b: optionale Variante

Es besteht Einvernehmen, die optionale Variante für Absatz 3b zu verwenden.

§3 Aufstellung der Tagesordnung

Absatz 1: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen auf Reduzierung der Ladungsfrist

Ratsfrau Dr. Schomberg führt zu den Inhalten des Antrages aus.

Ratsherr Damblon, Ratsherr Jörgens und Ratsfrau Niegeloh erklären ihre Ablehnung des Antrages, die Fraktionen sollten auch künftig ausreichende Zeit der Vorberatung durch eine längere Ladungsfrist erhalten.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	3		
Grün alternativ		1	
UWG		1	
Die Fraktion		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt	3	15	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Antrag der Fraktion Grün-alternativ hinsichtlich der Erfordernisse zur Antragsberechtigung:

Ratsherr Peters führt zum Antrag aus.

Ratsherr Damblon, Ratsherr Jörgens und Ratsfrau Niegeloh erklären ihre Ablehnung des Antrages.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen		3	
Grün alternativ	1		
UWG	1		
Die Fraktion		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt	2	16	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Antrag des Ratsherrn Peters zur Aufnahme eines klarstellenden Satzes in Absatz 1, nach dem die Regelungen des §18 der Geschäftsordnung unberührt bleiben:

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen		3	
Grün alternativ	1		
UWG		1	
Die Fraktion		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt	1	17	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Zu §6 Öffentlichkeit der Ratssitzungen

Absatz 2 lit. g): Anträge der Fraktionen Grün-alternativ und Die Fraktion auf Streichung:

Ratsherr Peters führt zum Antrag aus.

Ratsherr Jörgens schlägt eine Ergänzung der Formulierung um den Einbezug „[...] planerischer Überlegungen [...]“ vor. Justiziar Dr. Saturra führt hierzu aus, dass planerische Prozesse per Gesetz öffentlich zu beraten seien, daher sei eine Aufnahme dieser Formulierung nicht sinnvoll.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes beantragt die Aufnahme der Formulierung „[...] **im Einzelfall** der Meinungsbildungsprozess [...]“

Es besteht Einvernehmen, dass im Falle einer Ablehnung des Antrages und Aufnahme des lit. g) in den Satzungstext diese Formulierung aufgenommen werden solle.

Bürgermeister Bommers lässt sodann über die gleichlautenden Anträge Antrag der Fraktionen Grün-alternativ und Die Fraktion auf Streichung des §6 Abs. 2 lit. g) abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen		3	
Grün alternativ	1		
UWG	1		
Die Fraktion	1		
Bürgermeister		1	
Gesamt	3	15	

Die Anträge sind somit abgelehnt, Absatz 2 lit. g) bleibt mit dem Zusatz „[...] **im Einzelfall** der Meinungsbildungsprozess [...]“ bestehen.

Absatz 5: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Formulierung „Die Presse [...] und zu den Sitzungen einzuladen. [...]“

Ratsfrau Dr. Schomberg führt zu den Inhalten des Antrages aus.

Justiziar Dr. Saturra erklärt, dass die Presse per Mail über die Sitzungen sowie die Beratungsgegenstände informiert werde.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		1	
Bündnis 90 / Die Grünen	3		
Grün alternativ	1		
UWG	1		
Die Fraktion	1		
Bürgermeister		1	
Gesamt	6	11	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Zu §9 Befangenheit von Mitgliedern des Rates

Absatz 1: Variante der Formulierung

Es besteht Einvernehmen, Variante 2 für die Formulierung des Absatzes 1 einzusetzen.

Zu §12 Redeordnung

Absatz 6: Antrag der Fraktion Grün-alternativ auf Streichung des Absatzes 6.

Ratsherr Peters führt zum Inhalt des Antrages aus.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Der Antrag ist somit angenommen, Absatz 6 wird aus §12 gestrichen.

Zu §13 Durchführung digitaler und hybrider Sitzungen

Absatz 2: optionaler Zusatz

Es besteht Einvernehmen, den optionalen Zusatz in Absatz 2 aufzunehmen.

Zu §14 Verantwortlichkeiten im Rahmen digitaler und hybrider Sitzungen

Absatz 2: zusätzliche Varianten

Es besteht Einvernehmen, Variante 2 als Zusatz zu Absatz 2 hinzuzufügen.

Zu §16 Anträge zur Geschäftsordnung

Absatz 2: Anträge der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und Grün-alternativ

Die antragstellenden Fraktionen erklären, dass die verwaltungsseitig im vorliegenden Entwurf eingesetzten Formulierungen die Aspekte der Anträge aufgreifen. Diese würden daher zurückgezogen.

Zu §18 Anträge zur Sache

Absatz 3: Antrag der Fraktion Grün-alternativ

Justiziar Dr. Saturra und Stadtkämmerer Volmerich erläutern, dass mit Blick auf den vorliegenden Antrag und die Beratungen aus der letzten Sitzung eine verwaltungsseitige Schärfung der Formulierung stattgefunden habe, u.a. auch unter Einbezug einer Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes.

Es besteht Einvernehmen, dass bei der Nennung von Deckungsvorschlägen aus dem Rat bzw. Ausschuss keine maßnahmenscharfe Angabe erforderlich ist. Etwaige Deckungsvorschläge können unter Abstimmung mit dem Kämmerer erarbeitet werden.

Ratsherr Peters erklärt, dass der Antrag daher zurückgezogen werde.

Zu §19 Abstimmung

Absatz 2b: optionaler Zusatz

Es besteht Einvernehmen, den optionalen Zusatz in Absatz 2b hinzuzufügen.

Zu §20 Fragerecht der Ratsmitglieder

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen auf Kürzung der Frist zur Einreichung von Anfragen

Ratsherr Peters führt zum Antrag aus.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	1		2
Grün alternativ	1		
UWG	1		
Die Fraktion	1		
Bürgermeister		1	
Gesamt	6	10	2

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Weitere Anträge bzw. Entscheidungserfordernisse bestehen nicht. Bürgermeister Bommers lässt daher über den Gesamtempfehlungsbeschluss zur Geschäftsordnung an den Rat durch den Ausschuss abstimmen.

4.1 Antrag GRÜN-alternativ - Neufassung Hauptsatzung und Geschäftsordnung - Änderungsantrag
Vorlage: SB9JR/0458/2023

Der Antrag wird unter TOP 4 beraten.

4.2 Antrag Bündnis 90/ Die Grünen - Geschäftsordnung und Hauptsatzung
Vorlage: SB9JR/0459/2023

Der Antrag wird unter TOP4 beraten.

4.3 Anfrage Bündnis 90/ Die Grünen - Hauptsatzung Akteneinsicht
Vorlage: SB9JR/0207/2023

Die Anfrage wird unter TOP4 beraten.

4.4 Die FRAKTION - Neufassung GO (Entwurf)
Vorlage: SB9JR/0461/2023

Die Beratung erfolgt unter TOP4.

5 Gleichstellungsplan 2023 - 2027
Vorlage: SB7SZD/1711/2023

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt den Gleichstellungsplan für die Jahre 2023 - 2027 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bereichsleiter Olbertz berichtet zur Erarbeitung des Planes sowie den Beratungen und Abstimmungen mit der Gleichstellungsbeauftragten und dem Personalrat.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes schlägt vor, das Thema Diversity Management stärker aufzugreifen.

Bereichsleiter Olbertz führt hierzu aus, dass im Rahmen der aktuellen Stellenmarktlage häufig nur eine geringe Anzahl geeigneter Bewerber/innen zur Verfügung stünde, sodass das Thema Diversity Management in der Personalauswahl keine wesentliche Rolle einnehmen könne. Grundsätzlich werde dies jedoch berücksichtigt.

6 2. Bericht zur Finanzsituation und Finanzschäden 2023 zum 31.05.2023
Vorlage: SB8SFI/0655/2023

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

7 2. Bericht über Erträge und Aufwendungen 2023 im Zusammenhang mit der Aufnahme und
Unterbringung von Schutzsuchenden
Vorlage: SB8SFI/0658/2023

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Ratsherr Peters erkundigt sich nach der Richtigkeit der Angabe, dass die Aufwendungen im Zusammenhang zur Unterbringung Geflüchteter aktuell niedriger seien als die Erträge.

Stadtkämmerer Volmerich erläutert, dass die Zuweisungen von Bund und Land pauschal gewährt und um zum 31.05. bereits für das gesamte Jahr eingegangen und berücksichtigt seien. Die Aufwendungen hingegen entstünden sukzessive im Jahresverlauf, sodass sich in diesen Angaben noch Änderungen ergäben.

Ratsfrau Niederdelmann-Siemes weist auf die Angabe hin, dass mit dem Zustrom Geflüchteter aus der Ukraine bereits alle vorhandenen Kapazitäten ausgeschöpft seien und erkundigt sich nach der Richtigkeit.

Die Verwaltung wird dies entsprechend prüfen und verweist hierzu auf die regelmäßigen Bericht im Sozialausschuss.

8 Anträge

8.1 GRÜN-alternativ - Flächenvermarktung
Vorlage: SB9JR/0462/2023

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept zu erarbeiten, das aufzeigt, welche Möglichkeiten geeignet wären, bei Wohn- und Gewerbebaumaßnahmen auf Veräußerungen städtischer Flächen an Investoren zu verzichten und damit insbesondere sicherzustellen, dass
 - Grundstücke weiter im Eigentum der Stadt Meerbusch bleiben
 - Wohnraum zu günstigeren Konditionen angeboten werden kann und damit bedarfsgerechte Angebote bezahlbaren/preisgünstigen Wohnraums geschaffen werden.
2. Im Rahmen einer Sondersitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses, möglichst unter Einbeziehung
 - des Mietervereins NRW,
 - des Landrats, Herrn Petrauschke (Kreisservicegesellschaft),
 - einer anderen kommunalen Wohnbaugesellschaft, soweit diese Interesse signalisiert hat,
 sollen Möglichkeiten einer Umsetzung etwaiger Maßnahmen erörtert werden.

Abstimmungsergebnis:Zu 1.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	3		
Grün alternativ	1		
UWG			1
Die Fraktion	1		
Bürgermeister		1	
Gesamt	7	10	1

Der Antrag unter 1. ist somit abgelehnt.

Zu 2.

Der Antrag unter 2. wird zunächst hinsichtlich der inhaltlichen Konkretisierung zurückgezogen. Die Fraktionen stimmen die gewünschten Inhalte der Sondersitzung sowie das entsprechende Gremium ab und stellen einen entsprechend angepassten Antrag.

Ratsherr Peters führt zu den Inhalten des Antrages aus.

Ratsherr Damblon erklärt, dass nach seiner Auffassung bislang kein konzeptionsloser Verkauf von Grundstücken an Investoren erfolgt sei. Die derzeit angewandte Aktive Grundstückspolitik verfolge das gewünschte Ziel der sachgerechten Schaffung von Wohnraum. Um dies noch zu forcieren, seien Anträge beabsichtigt, die Thematik solle jedoch nicht anhand eines weiteren Konzeptes angegangen werden. Insofern werde dieser Teil des Antrags abgelehnt.

Ratsfrau Dr. Schomberg erklärt ihre Zustimmung zum Antrag, da die Aktive Grundstückspolitik derzeit nur das Ziel einer adäquaten finanziellen Beteiligung der Stadt sicherstelle.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes führt aus, dass die derzeitige Bodenbevorratungspolitik nicht funktioniere, zwar seien gute Beispiele aus der Vergangenheit vorhanden, Verbesserungspotential jedoch ebenso gegeben. Zunächst sollten einerseits vorhandenen Erkenntnisse sowie gewünschte Ziele andererseits definiert werden, ggfs. unter Einbezug der lokalen Wohnungsbaugesellschaften, um eine gemeinsame Diskussionsgrundlage zu schaffen. Der Aspekt der Sondersitzung – unter Einbezug dieser Akteure – werde daher unterstützt.

Nach kurzer Diskussion lässt Bürgermeister Bommers zunächst über die beantragte Erstellung eines Konzeptes abstimmen.

Sodann wird Einvernehmen erzielt, die beantragte Sondersitzung zunächst zurückzustellen, um fraktionsübergreifend über die gewünschten Inhalte einer solchen Sitzung und das zuständige Gremium zu befinden. Sodann soll eine erneute, entsprechende Antragstellung erfolgen.

9 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

11 Termin der nächsten Sitzung: 26.09.2023

12 Verschiedenes

Anonymisierung von Bürgeranträgen

Ratsherr Schoenauer weist darauf hin, dass nicht-öffentliche Bürgeranträge von einer Anonymisierung auszunehmen seien.

Bahnunterführung Osterath

Auf Nachfrage berichtet Bürgermeister Bommers, dass kürzlich ein erneutes Telefonat mit einem Vertreter der Deutschen Bahn stattgefunden habe, um über den aktuellen Sachstand zur Planung der weiteren Arbeiten informiert zu werden. Hinsichtlich einer möglichen Verkürzung des Baustopps und einer Fortführung der Arbeiten wolle man nunmehr bis zu den Sommerferien befinden und die Verwaltung entsprechend informieren.

Eine Öffnung der Fußgängerunterführung an der Strümper Straße sei nicht möglich, da dies vor dem Hintergrund des aktuellen Baufortschritts bis zum Baustopp nur mit erheblichen Aufwendungen möglich sei, die aufgrund der dann nur temporären Öffnung nicht realisierbar seien.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel wird Kontakt zur DB aufnehmen, um auf die Missstände rund um die Bahntrasse hinsichtlich gelagerten Baumaterials und Verunreinigungen hinzuweisen.

Meerbusch, den 10. Juli 2023

Christian Bommers
Bürgermeister

Patrick Wirtz
Schriftführer